

P e t i t i o n

anlässlich des Besuches von Dr. Alfred Gusenbauer in Lienz am 18.1.2006

Wir möchten als „ Bürgerinitiative Lebensraum Matri – Nein zum Pumpspeicherkraftwerk Raneburg “ unsere Bedenken zum Bau eines Groß-Wasserkraftwerkes im Tauerntal aussprechen und Sie, Herr Dr. Gusenbauer, um Unterstützung unserer Anliegen bitten. Gleichzeitig bitten wir Sie, auf die zuständigen Landespolitiker in Tirol entsprechend einzuwirken. Auf Bezirksebene fühlen wir uns durch Frau DI Elisabeth Blanik in dieser Frage bestens vertreten.

Die Tiroler Landesregierung und die TIWAG möchten ein Pumpspeicherkraftwerk in Raneburg/Matri in Osttirol errichten (Option 15). **Wir sprechen uns gegen dieses Projekt** aus, und zwar aus folgenden Gründen:

Wir sehen in Zukunft unsere nachhaltige **Ressource für Arbeitsplätze neben dem Gewerbe vor allem im Tourismus aber auch in der Landwirtschaft.**

Durch dieses Projekt würden Arbeitsplätze in diesen wichtigen Bereichen gefährdet und vernichtet werden.

Durch das geplante Kraftwerk würden **ca. 80 ha** an für diese Wirtschaftsbereiche wertvollstem Grund zerstört.

Die Auswirkungen auf die Arbeitsplatzsituation in unserer Region sind im Synthesebericht auf Seite 16 beschrieben:

„ ... Bei der Errichtung von Wasserkraftwerken stellt sich die Situation freilich anders dar. Primär werden mit derartigen Investitionen **keine regionalwirtschaftlichen Ziele** verfolgt. Dies manifestiert sich auch in den im Vergleich zur Investitionssumme **äußerst geringen Arbeitsplatzeffekten**. Trotz der temporär positiven Auswirkungen vor allem auf die Baubranche während der Errichtungsphase können kaum positive regionalwirtschaftliche Effekte erzielt werden. **Betrieb und Wartung auch größerer Kraftwerksanlagen** können zumeist von einer **sehr geringen Anzahl an Personen bewerkstelligt werden**, die mehrere Kraftwerksanlagen zugleich betreuen ...

Die Möglichkeiten, Kraftwerksanlagen als touristische Attraktionen erfolgreich zu vermarkten, wie dies etwa in den 1950er Jahren im Fall Kaprun gelungen ist, werden als sehr unwahrscheinlich eingestuft. Vielmehr steht der Kraftwerksbau in einem **starken Interessenskonflikt zu den bereits sehr weit entwickelten Tourismusaktivitäten** vieler betroffener Gemeinden und Talschaften.“ (Seite 17)

Weiters weisen wir auf folgende möglichen negativen Auswirkungen eines derartigen Projektes hin:



Sowohl der Stausee/Staudamm als auch das Unterwasser-/Ausgleichsbecken liegen mitten im bzw. relativ nahe am **Dauersiedlungsraum**.

Der im Optionenbericht vorgesehene Standort für das Unterwasserbecken **„Hinteraue“** ist ein beliebtes und das einzige **in unmittelbarer Ortsnähe gelegene Naherholungsgebiet**.

Der Stausee Raneburg würde im unmittelbaren **Vorfeld des Nationalparks Hohe Tauern am Eingang zum Bezirk** liegen. Die Felbertauernstraße wird als Tor zum Nationalpark gesehen. Gletscherbäche sind in diesem Gebiet ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal für den Tourismus. Der Tourismus ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Standbeine für die Region.

Die **„Gravitativen Naturgefahren“** schätzen wir als erheblich ein. Aufwändige Recherchen, nicht zuletzt von Elisabeth Blank, haben ergeben, dass die sehr sensible Geologie im Bereich „Glodenwald“ schon den Bau der Felbertauernstraße erheblich verteuert hat. Der ostseitige Berghang durfte durch die Straße nicht angeschnitten werden. Sehr aufwändige Hangbrücken mussten schon damals errichtet werden. Jetzt soll genau dieser Abschnitt 90 m unter Wasser gesetzt werden. Nicht nur für die unmittelbar unter dem Stauraum liegenden Gehöfte sondern auch für die Fraktionen Berg/Gruben und Prosegg/Kaltenhaus sowie für den Markt Matrei würde der Stausee ein erhebliches **Sicherheitsrisiko** darstellen.

Wir haben bereits mehr als 4100 Unterschriften gegen dieses Projekt gesammelt, der Matreier Gemeinderat hat sich am 3. August 2005 per Beschluss mehrheitlich dagegen ausgesprochen.

Wir ersuchen Sie, Herr Dr. Gusenbauer, uns in unserem Anliegen, dieses Großkraftwerk mit keinerlei positiven Arbeitsplatzeffekten für die Region abzuwehren, zu unterstützen!

Wir bitten Sie, vor allem auf den zuständigen Tiroler LH-Stv. Hannes Gschwentner einzuwirken, uns in dieser Frage zu helfen!

Wir sehen diese energiepolitische Entscheidung, die unsere Region nachhaltig prägen wird, auch als eine bundespolitische Frage und bitten Sie daher, unser Anliegen auch im Parlament in Wien und bei der Bundes-SPÖ entsprechend zu vertreten!